

Start am 1. Januar 2004

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **50 (2003)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

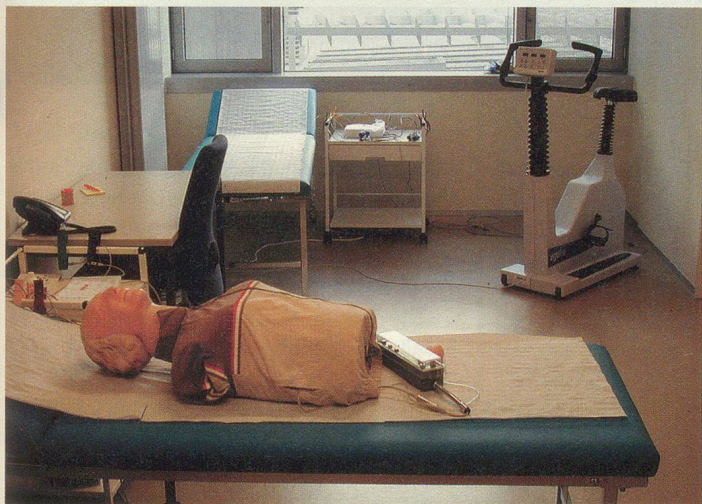
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



PC- und Theorieraum für den Zivilschutz.



Moderne und helle Büroräume.



Ein Teil der medizinischen Untersuchungsraum und -geräte.



Durch grosse Fenster dringt viel Tageslicht.

dass das Projekt Rekrutierung und die Realisierung der Zentren innerhalb von vier Jahren realisiert und umgesetzt werden konnte.

Einige Anwohner mit schlimmen Befürchtungen

Windischs Gemeindeammann, Hanspeter Scheiwiler, verhehlte in seinen Gratulations-

und Dankesworten nicht, dass einige Anwohner schlimme Befürchtungen (Nachtlärm und Autos) vorausgesagt hatten. Dies sei dank strenger Führung und Organisation bisher nicht eingetroffen. Namens des Gemeinderates gratulierte er zum zweckmässigen Bauwerk, das auch eine Bereicherung für die Kultur in Windisch sei.

Von der funktionalen Einrichtung (Unterkunft für rund 170 Personen in 2- und 4-Bett-Zimmern, Plenarsaal mit 180 Sitzplätzen, 6 Theorie- und 2 PC-Räume, medizinische Untersuchungsraum, Büros und Turnhallen sowie Restaurant) konnten sich dann die Gäste selbst ein Bild machen. □

Start am 1. Januar 2004

VBS. Der Bundesrat hat am 4. November das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) auf den 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt. Mit der Bevölkerungsschutzreform wird die Zusammenarbeit der fünf Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz geregelt. Durch ein Verbundsystem soll der Schutz der Bevölkerung, insbesondere bei Katastrophen und in Notlagen, optimiert werden.

Das neue Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz regelt in einem ersten Teil die Zusammenarbeit sowie die Kompetenzabgrenzungen zwischen den Partnerorganisationen; der zweite Teil enthält Bestimmungen zum Zivilschutz. Für die anderen

Partnerorganisationen sind rechtlich die Kantone zuständig. Die Neuausrichtung des Zivilschutzes primär auf die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen erlaubt eine Reduktion der Zahl der Dienstpflichtigen von rund 280 000 auf 120 000.

Das Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz bringt eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen: Der Bund übernimmt insbesondere Konzeptions- und Koordinationsaufgaben sowie die Zuständigkeit bei Ereignissen von nationalem Ausmass. Grundsätzlich sind aber die Kantone für den Bevölkerungsschutz zuständig. Deshalb erhalten sie auch mehr Handlungsspielraum im Bereich des Zivilschutzes. Die Kantone sind zurzeit daran ihre Gesetze und Strukturen den neuen Anforderungen anzupassen.

Am 18. Mai 2003 erzielte die Gesetzesvorlage beim Stimmvolk einen Ja-Stimmenanteil von 80,5 Prozent. □